



Nr. 44

7. November 2013

Inhalt

[Ärztmangel: Öffentlicher Gesundheitsdienst blutet aus – Protest in Hannover+++](#)

[Koalitionsvereinbarungen zur Familienpolitik: Positives Signal für Frauen+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW fordert Änderung des Besoldungsgesetzes+++](#)

[dbb rheinland-pfalz: Anhebung der Ruhestandaltersgrenze ist Pensionskürzung+++](#)

[Landesleitung des dbb berlin im Dialog mit Gesundheitssenator+++ „Kommunen der Zukunft“ – dbb Vize: Demografischen Wandel als Innovationsprozess begreifen+++](#)

[DSTG begrüßt Zulassung der Anklage gegen Fußball-Manager Uli Hoeneß+++](#)

[BDZ sieht durch Pkw-Maut keine Gefährdung von Arbeitsplätzen beim Zoll+++](#)

[DPolG Bundespolizeigewerkschaft befürchtet lange Warteschlangen auf Flughäfen+++](#)

[Philologenverband fordert 20-Milliarden-Paket für Schulen+++](#)

[Appell: Berufliche Schulen als Experten der Vermittlung von Fachwissen anerkennen+++](#)

[KEG mahnt bessere Kooperation in der Bildungspolitik an+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell



Ärztemangel: Öffentlicher Gesundheitsdienst blutet aus – Protest in Hannover

(dbb) Für eine deutliche Verbesserung der Einkommenssituation der Ärztinnen und Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst sind am 1. November 2013 dbb und BVÖGD (Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes) in Hannover auf die Straße gegangen.

Hintergrund sind die seit über drei Jahren andauernden Tarifverhandlungen über die Bezahungsbedingungen der Ärzte im kommunalen Öffentlichen Gesundheitsdienst mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). „Von aktuell rund 3.500 Arzt-Stellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst sind etwa 400 mehr als sechs Monate lang unbesetzt – Hauptgrund ist, dass die Mediziner in den Gesundheitsämtern wesentlich schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen an Krankenhäusern“, kritisiert dbb-Verhandlungsführer Willi Russ. „Da die Ärzte im Öffentlichen Gesundheitsdienst in der Regel eine Facharztausbildung benötigen, um angestellt zu werden, kommen sie aus Krankenhäusern, und der berufliche Wechsel würde zu einem Verlust von bis zu 1.000 Euro monatlich führen. Da ist es kein Wunder, dass der ÖGD personell ausblutet.“

Gemeinsam mit der dbb-Fachgewerkschaft BVÖGD fordert der dbb von der VKA deshalb eine Angleichung der Gehälter über eine tariflich fest vereinbarte Zulage. „Die bislang praktizierte optionale Zulage, über deren Gewährung und Höhe der Arbeitgeber jeweils selbst entscheiden kann, hat sich nicht bewährt und reicht bei Weitem nicht aus, um die Rekrutierungsprobleme nachhaltig zu lösen“, stellt dbb-Verhandlungsführer Russ fest. „Wir brauchen eine verbindliche Einkommenssteigerung, damit der Öffentliche Gesundheitsdienst zu einem attraktiven Arbeitgeber für kompetente Mediziner wird. Gelingt dies nicht, ist eine tragende Säule des Gesundheitswesens in Deutschland und damit ein wichtiger Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge in ernster Gefahr“, so die Vorsitzende des BVÖGD, Dr. Ute Teichert-Barthel.
(01/44/13)

Koalitionsvereinbarungen zur Familienpolitik: Positives Signal für Frauen

(dbb) Mit den Koalitionsvereinbarungen zur Familienpolitik senden SPD und CDU ein positives Signal an die Frauen. „Die Ansagen der verhandelnden Parteien orientieren sich klar an den Wünschen vieler Frauen, Erwerbsleben und Familienpflichten besser in Einklang bringen zu können. Insbesondere eine Regelung schaffen zu wollen, die es berufstätigen Eltern garantiert, nach familienbedingter Teilzeit wieder Vollzeit arbeiten zu können, ist mehr als notwendig“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 6. November 2013. Nun gelte es Wort zu halten und die Vereinbarung nach der Regierungsbildung schnellstmöglich in geltendes Recht zu überführen.

Wildfeuer mahnte aber zur Vorsicht bei der Umsetzung. „Ein gesetzlicher Rückkehranspruch von Teilzeit auf Vollzeit darf weder zum Freifahrtschein für Zeitarbeit und Minijob werden, noch die Rechtfertigungsgrundlage dafür liefern, im öffentlichen Dienst mehr und mehr Beschäftigte unter dem Vorwand von Sparzwängen in befristeter Teilzeit einzustellen“, warnte die Vorsitzende.

Im Zuge der Koalitionsverhandlungen hatte sich die Arbeitsgruppe Familie, Frauen und Gleichstellung aus Union und SPD über familienpolitische Ziele bei einer möglichen gemeinsamen Regierung verständigt. Neben dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit soll Beschäftigten darüber hinaus künftig mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Pflege- und Elternzeiten eingeräumt werden.
(02/44/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW fordert Änderung des Besoldungsgesetzes

(dbb) Der DBB NRW hat Ergänzungen am Besoldungsanpassungsgesetz gefordert. Anlässlich der Expertenanhörung im Unterausschuss „Personal“ nahm der nordrhein-westfälische Landesbund am 5. November 2013 zum Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes 2013 und zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2014 in NRW Stellung.

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW, betonte, dass das Besoldungsgesetz NRW zu jedem Zeitpunkt geändert werden könne. „Deshalb fordere ich den Landtag und hier insbesondere die Koalitionsfraktionen auf, den Personalhaushalt 2014 mit einem Besoldungsanpassungsgesetz zu ergänzen, das die Diskriminierung großer Gruppen in der Beamtenenschaft beendet und dafür Wertschätzung des Dienstherrn gegenüber seinen Beamtinnen und Beamten deutlich werden lässt.“

Zuvor hatten die Vertreter des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes auf die schlechte Stimmung in der Beamtenenschaft nach der Nullrunden-Entscheidung der Rot-Grünen Landesregierung deutlich gemacht. Guntermann: „Zehn Jahre ohne Inflationsausgleich und mit Einkommenskürzungen gehen gar nicht.“ Der Vertrauensverlust der Beamtinnen und Beamten in die Landesregierung dürfe nicht zum Dauerzustand werden.

(03/44/13)

BBW warnt vor Antasten der Ermäßigungsstunden älterer Lehrer

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die baden-württembergische Landesregierung vor weiteren Spareingriffen im Beamtenbereich gewarnt. Insbesondere dürften Plänen, für Lehrerinnen und Lehrer die Pensionsaltersgrenze anzuheben und ihnen die Altersermäßigung zu streichen, nicht in die Tat umgesetzt werden, erklärte der BBW-Landesvorsitzende und dbb Vize Volker Stich am 31. Oktober 2013.

Sollte Grün-Rot die Ermäßigungsstunden für ältere Pädagogen antasten, dann werde es „weitere heiße Jahre“ für den Rest der Legislatur geben, prophezeite Stich der Landesregierung. „Der Protest der Lehrer wird sich nicht beruhigen.“

Gegenwärtig steht es Lehrern zu, ab dem 58. Lebensjahr eine Wochenstunde und ab dem

60. Lebensjahr zwei Wochenstunden weniger zu unterrichten. Ob das so bleibt, ist fraglich. Zwar steht eine endgültige Entscheidung aus, doch gibt es eine eindeutige Streich-Empfehlung der Kommission Haushalt und Verwaltung. Sollte die Altersermäßigung komplett wegfallen, rechnet die Kommission mit Einsparungen von rund 75 Millionen Euro.

(04/44/13)

dbb rheinland-pfalz: Anhebung der Ruhestandaltersgrenze ist Pensionskürzung

(dbb) Die rheinland-pfälzische Landesregierung beabsichtigt eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Ruhestandaltersgrenze von 2016 bis 2029 um insgesamt zwei Jahre auf dann 67 Lebensjahre für Beamtinnen und Beamte im Geltungsbereich des Landesbeamtengesetzes.

In einer EntschlieÙung vom 4. November 2013 äußerte der Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz sein Unverständnis. „Ein entsprechender Gesetzentwurf liegt noch nicht vor. Versprochene Gespräche mit dem dbb rheinland-pfalz

haben noch nicht stattgefunden. Der dbb rheinland-pfalz hat kein Verständnis dafür, dass die Landesregierung das Pensionsalter trotz anderslautender Zusagen doch in der laufenden Legislaturperiode zum Thema

macht“, wird darin festgestellt. Zwar werde sich der dbb Landesbund „angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung“ einer konstruktiven Diskussion nicht verschließen. Allerdings bewerte der dbb rheinland-pfalz eine gestaffelte Anhebung der allgemeinen Pensionsgrenze als faktische Pensionskürzung.

„Eine Anhebung der Pensionsaltersgrenze wäre dann vertretbar, wenn geeignete Arbeitsplätze

für älteres Personal bereitgestellt werden“, heißt es weiter. „Erforderlich ist die kompensatorische Anpassung der Beschäftigungsbedingungen unter dem Stichwort ‚alternsgerechtes Arbeiten‘ an das steigende Lebensalter der von einer Altersgrenzenanhebung Betroffenen.“ Besondere Pensionsaltersgrenzen der Polizei, Feuerwehr und des Justizvollzugs dürften nicht angetastet werden.
(05/44/13)

Landesleitung des dbb berlin im Dialog mit Gesundheitssenator

(dbb) Die Landesleitung des dbb berlin hat ein Gespräch mit dem Senator für Gesundheit und Soziales, Mario Czaja, genutzt, um neben gesundheitspolitischen auch dienstrechtliche Themen zu erörtern. So kritisierte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, dass bislang eine verlässliche Besoldungsperspektive im Land Berlin fehlt, wie der dbb berlin am 30. Oktober 2013 mitteilte.

Becker machte deutlich, dass es seitens der Beamtinnen und Beamten absolut kein Verständnis mehr dafür gibt, dass sie weiter das bundesweite Schlusslicht in der Bezahlung sein sollen. Er verwies auf die Sondersparopfer, die die Beschäftigten im Rahmen des Solidarpakts seit 2004 erbracht haben. Jetzt müsse endlich damit Schluss sein.

Kritisch angemerkt wurde seitens des dbb berlin auch, dass die Vorlage für die Abschaf-

fung der Praxisgebühr im Land Berlin - trotz bereits erfolgter Beteiligung der Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes - immer noch nicht das Abgeordnetenhaus erreicht hat. Der dbb berlin sei darüber verärgert, so Becker. Senator Czaja habe Verständnis dafür gezeigt und versichert, sich für eine rasche Umsetzung einzusetzen.
(06/44/13)

„Kommunen der Zukunft“ – dbb Vize: Demografischen Wandel als Innovationsprozess begreifen

(dbb) Mit dem Appell, den demografischen Wandel als Innovationsprozess zu begreifen, hat Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und dbb Vize, das Symposium „Kommunen der Zukunft“ am 4. November 2013 in Berlin eröffnet. Zu der Tagung hatte die komba (Gewerkschaft der Kommunal- und Landesbeschäftigten) gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung eingeladen.

Silberbach machte zugleich klar: „Nur finanziell gut aufgestellte Kommunen haben Gestaltungsmacht.“ Besonders eine angemessene personelle Ausstattung der Städte und Gemeinden liege der komba gewerkschaft am Herzen. Sonst werde die qualitativ hochwertige Verwaltungsarbeit im Dienste der Bürgerinnen und Bürger kaum weiter zu leisten sein. Seit 1991 sind im öffentlichen Dienst der Kommunen rund 700.000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Der demografische Wandel biete auch zahlreiche neue Chancen und Potenziale, sagte Sil-

berbach. Dieser „Bewusstseinswechsel“ müsse sowohl auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite praktisch umgesetzt werden, wenn es um die Zukunft des öffentlichen Dienstes gehe. „Während sich die Beschäftigten aber gezwungenermaßen schon heute Tag für Tag ganz real mit den Folgen des demografischen Wandels in Gestalt von deutlich lebensälteren Belegschaften, höheren Krankenständen, fehlenden Fachkräften und entsprechender Arbeitsverdichtung auseinandersetzen, haben die Arbeitgeber den Schuss offenbar noch nicht gehört“, kritisierte Silberbach. „Es ist schlichtweg ein Skandal, dass der öffentliche Dienst

mit den haushalterischen Vorgaben der vergangenen Jahre von der Politik sehenden Auges an den Rand seiner Funktionsfähigkeit getrieben worden ist. Nachhaltige Personalbedarfsplanung und -rekrutierung: Fehlanzeige. Wettbewerbsfähige Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen: Fehlanzeige. Ganzheitliches Gesundheitsmanagement, tragfähige Diversifizierungsstrategien: Fehlanzeige. So ist kein Staat zu machen“, zeigte sich der komba-Bundesvorsitzende und dbb Vize enttäuscht. „Starke öffentliche Dienstleistungen, die die Einhaltung von Recht und Gesetz, Daseinsvorsorge und eine funktionierende staatliche Infrastruktur garantieren und damit ein internati-

onal entscheidender Standortfaktor sind, sind nicht zum Nulltarif zu haben.“

In einem Positionspapier hatte die komba gewerkschaft anlässlich des Symposiums nicht nur aktuelle Probleme der Kommunen aufgelistet, sondern auch praktische Lösungsansätze formuliert. Darin werden unter anderem Maßnahmen zur „gengerechten Öffnung von Berufsgruppen“ - mehr Männer in die Kitas, Frauen in die Feuerwehr – und eine „interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltungen“ vorgeschlagen.
(07/44/13)

DSTG begrüßt Zulassung der Anklage gegen Fußball-Manager Uli Hoeneß

(dbb) Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) hat die Zulassung der Anklage gegen den Präsidenten des FC Bayern München, Uli Hoeneß, begrüßt.

Eine Große Strafkammer beim Landgericht München II hatte am 4. November 2013 nach mehrwöchiger juristischer Prüfung die von der Münchener Staatsanwaltschaft erhobene Anklage gegen Hoeneß zugelassen. Damit wird der Weg frei für eine öffentlich gerichtliche Hauptverhandlung.

Der Bundesvorsitzende der DSTG und dbb Vize Thomas Eigenthaler sagte: „Damit kann ein großer und spektakulärer Fall von Wirtschaftskriminalität nun endlich öffentlich aufgearbeitet werden.“ Die Öffentlichkeit habe Anspruch darauf, dass das Ausmaß und die Methode dieser großen Steuerhinterziehung zweifelsfrei und unabhängig geklärt werden. Auf diese Weise werde auch Vermutungen, es könne bei einem Prominenten „gekungelt und gedealt“ werden, der Boden entzogen. Für die Akzeptanz und die Steuermoral sei ein öffentliches und unabhängiges Gerichtsverfahren unabdingbar.

Die Zulassung der Anklage zeigt nach Auffassung des DSTG-Chefs aber auch, dass das Gericht die Selbstanzeige von Uli Hoeneß nicht als strafbefreiend bewertet. Offenbar erfülle die Selbstanzeige nach vorläufiger Einschät-

zung des Gerichts nicht die gesetzlichen Voraussetzungen, so Eigenthaler. Dem angeklagten Fußballmanager drohe damit eine empfindliche Freiheitsstrafe. „Wenn das Gericht keine gravierenden strafmildernden Umstände findet, muss Hoeneß mit einem Gang ins Gefängnis rechnen“, so die Erwartung des DSTG-Vorsitzenden. Ab einer Million Euro Steuerhinterziehung dürfe eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung nur noch in Ausnahmefällen ausgesprochen werden. Teuer werde es in jedem Falle für Hoeneß.

Angesichts des Hickhacks um die verunglückte Selbstanzeige von Hoeneß spricht sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft erneut dafür aus, die Selbstanzeige bei Hinterziehung von mehr als 50.000 Euro abzuschaffen. Auch sollte eine Selbstanzeige in Zukunft nur noch zwei Jahre nach der Hinterziehung möglich sein. Von einer möglichen Großen Koalition in Berlin fordere die DSTG, sich umgehend für einen umfassenden europaweiten automatischen Steuerdatenaustausch einzusetzen, so Eigenthaler. Das Thema „Steuer-CDs“ erledige sich dann von selbst.
(08/44/13)

BDZ sieht durch Pkw-Maut keine Gefährdung von Arbeitsplätzen beim Zoll

(dbb) Der BDZ sieht bei Umsetzung des von der CSU in den Koalitionsverhandlungen vorgeschlagenen Vignettenmodells, wonach eine Pkw-Maut mit der Kraftfahrzeugsteuer ver-

rechnet werden soll, keine Arbeitsplätze in der Kraftfahrzeugsteuerverwaltung beim Zoll gefährdet. Das erklärte die Deutsche Zoll und Finanzgewerkschaft am 31. Oktober 2013. Ebenso wie die Zollgewerkschaft erwartet auch das Bundesfinanzministerium, dass die Pkw-Maut neben und nicht anstelle der Kraftfahrzeugsteuer erhoben wird, wenn sie eingeführt wird.

Ab 1. Juni 2014 wird der Zoll für die Verwaltung, Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Kraftfahrzeugsteuer zuständig sein. Die CSU-Pläne hatten unter den Beschäftigten beim Zoll Verunsicherung ausgelöst. Nach den Vorstellungen der CSU sollen inländische Fah-

rer mit der Überweisung der Kraftfahrzeugsteuer ohne weitere Kosten eine Vignette erhalten. Ausländische Fahrer müssten die Vignette bezahlen.
(09/44/13)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft befürchtet lange Warteschlangen auf Flughäfen

(dbb) Vor langen Warteschlangen auf Flughäfen hat die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft für den Fall gewarnt, dass es bei Plänen von Teilen des Bundesinnenministeriums bleibt, wonach sich Bundespolizisten ab 2014 in den Pausen nicht mehr wie bisher für die kurzfristige Dienstaufnahme bereithalten.

„Passagiere, Fluggesellschaften und Flughafenbetreiber werden begeistert sein, wenn sich die Kolleginnen und Kollegen bei vollen Grenzkontrollschaltern demnächst in eine echte Ruhepause abmelden“, stellte der Gewerkschaftsvorsitzende Ernst G. Walter am 6. November 2013 zu den Vorhaben im BMI fest. „Wenn die Warteschlangen vor den Grenzkontrollschaltern an den Flughäfen in den Verkehrsspitzenzeiten durch diese unsinnige Neuregelung der Pausen immer länger und dadurch gegebenenfalls auch kostenintensive Verspätungen verursacht werden, wird das Geschrei bei den Airlines und Flughafenbetreibern zu Recht sehr groß sein“, mahnte Walter.

Er befürchte, so Walter weiter, dass sich Unmut und Kritik der Betroffenen zunächst gegen seine Kolleginnen und Kollegen an den Flughäfen richten werden, obwohl die Bundespolizisten am wenigsten dafür können: „Sie sind nämlich entschieden gegen die neue Regelung, da die Pausen künftig von der Arbeitszeit abgezogen und nicht mehr bezahlt werden sollen, wobei die Zeiten dann durch zusätzliche Schichten nachgearbeitet werden müssten.“ Die DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich auf, diesem völlig praxisfremden Ansinnen seiner Dienstrechtsabteilung umgehend Einhalt zu gebieten, so Walter.
(10/44/13)

Philologenverband fordert 20-Milliarden-Paket für Schulen

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPHV) erwartet von der neuen Bundesregierung einen Pakt für Bildung zwischen Bund und Ländern. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 7. November 2013) sagte der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger, dafür müssten in den nächsten vier Jahren mindestens 20 Milliarden Euro allein für den Schulbereich bereitgestellt werden.

Meidinger betonte, diese „Hausnummer“ müsse es mindestens sein, um Deutschlands Schulen zu einem leistungsfähigen Ganztagsystem auszubauen. Das erfordere einen weitaus größeren Kraftakt als jenes Vier-Milliarden-Paket, mit dem 2003 der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder einen ersten An Schub gegeben habe. „Damals ging es allein um Baukosten. Jetzt geht es um Qualität und den An-

spruch, die Bildungsrepublik Deutschland wirklich mit Leben zu füllen“, sagte Meidinger. Ohne die Hilfe des Bundes sei das nicht zu schaffen. Dafür seien die meisten Länder finanziell zu schwach. Derzeit muss sich der Bund laut Grundgesetz aus der Bildungspolitik heraushalten. Nach den Worten Meidingers steht die Bildungspolitik vor drei Mammutaufgaben: ein

hochwertiges Ganztagsangebot statt der bisherigen Schmalspur-Lösungen am Nachmittag, Inklusion, also Integration von behinderten Kindern in Regelschulen, und professionelle Digitalisierung der Klassenzimmer. Meidinger

äußerte sich vor dem 39. Deutschen Philologentag, auf dem er sich am 8. November zur Wiederwahl stellt.
(11/44/13)

Appell: Berufliche Schulen als Experten der Vermittlung von Fachwissen anerkennen

(dbb) Die Verbände VLW (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen) und BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) haben die Verhandlungsführer der Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD aufgefordert, zu regeln, dass künftig Angebote der Fort- und Weiterbildung in den Katalog der originären Aufgaben beruflicher Schulen aufgenommen werden.

Beide Verbände stellen in ihrem gemeinsamen Schreiben vom 4. November 2013 fest: „Die beruflichen Schulen sind eine wesentliche Säule des deutschen dualen Berufsbildungssystems. Sie verfügen über Ausstattung, Infrastruktur und Kapazität, um hochkarätige Weiterbildung anzubieten. Aufgrund ihrer Erfahrungen in der dualen beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung sind die beruflichen Schulen am besten in der Lage, die geforderten weiteren Bildungsangebote nach Ende der Schulzeit auch im Erwachsenenalter zu liefern. Die Lehrerinnen und Lehrer an den beruflichen Schulen sind dazu gut ausgebildet, haben in der Regel einen Beruf gelernt, besitzen einen Universitätsabschluss mit einem Ersten und einen staatlichen Vorbereitungsdienst mit einem Zweiten Staatsexamen. Die beruflichen

Schulen vermitteln wertvolles Wissen, das die Grundlage für eine erfolgreiche Berufskarriere ist.“

Politik und Öffentlichkeit wollten davon aber nichts wissen, so die Kritik der VLW-Bundesvorsitzenden Angelika Rehm und Ernst G. John sowie des BLBS-Bundesvorsitzenden Eugen Straubinger. Sie fordern die neue Bundesregierung auf, zu regeln, dass Angebote der Fort- und Weiterbildung künftig zu den originären Aufgaben beruflicher Schulen gehören und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen so zu ändern, dass „eine gute, zukunftsorientierte und qualitätsorientierte Berufsausbildung an den beruflichen Schulen gesichert ist“.
(12/44/13)

KEG mahnt bessere Kooperation in der Bildungspolitik an

(dbb) Die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) erwartet von der neuen Bundesregierung eine Überprüfung des Kooperationsverbots im Bereich Bildung und Erziehung. Eine verbesserte Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen sei dringend notwendig, erklärte die KEG am 1. November 2013.

„Die Länder haben zwar durch die Föderalismusreform 2006 die Zuständigkeit im Bildungsbereich vom Bund erhalten. Die Kommunen waren aber durch ständige finanzielle Engpässe nicht in der Lage, eine Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu gewährleisten“, konstatierte der Bundesvorsitzende der KEG, Bernd Uwe Althaus.

Die KEG appelliere mit Nachdruck an die Koalitionäre, mit Blick auf Zukunftsperspektiven aus

dem sprudelnden Steuertopf mehr finanzielle Mittel für den unterfinanzierten Bereich Bildung bereitzustellen, um dem Anspruch an eine „Bildungsrepublik“ Deutschland gerecht zu werden. Durch eine bessere Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen werde die Leistungsfähigkeit im Bildungsbereich sichergestellt, so Althaus.

So könnten beispielsweise zusätzlich bereitgestellte Investitionsgelder in die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen im

frühkindlichen, vorschulischen und schulischen Bereich und in die personelle Optimierung in

Kitas und Schulen fließen.
(13/44/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der **dbb** hat am 5. November 2013 in Potsdam die wesentlichen inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen für die anstehenden Verhandlungen mit der brandenburgischen Landesregierung zur Ausgestaltung von alterns- und lebensphasengerechten Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Landesdienst Brandenburg abgeschlossen. Der dbb Landestarifausschuss und Vertreter der dbb Bundesgeschäftsstelle berieten mit den Mitgliedern der neu gebildeten dbb Verhandlungskommission den in vorausgegangenen Fachgesprächen mit dem Land erreichten Beratungsstand. Für die Tarifverhandlungen, die nach Forderung des dbb den bestehenden TV Umbau um ein ganzes Bündel an attraktivitätssteigernden Angeboten für die Landesbeschäftigten erweitern und ergänzen sollen, wurden die konkreten Forderungen abgesteckt. Der dbb hat die Landesregierung bereits zu entsprechenden Tarifverhandlungen aufgefordert.

Die neue Elterngeld- und Elternzeit Broschüre für Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist da. Die staatliche Lohnersatzleistung ermöglicht es Eltern, ohne Angst vor finanziellen Engpässen für einige Zeit aus dem Berufsleben auszusteigen, um gemeinsam für das Neugeborene da sein zu können. Damit sich werdende Eltern nicht im Paragrafendschungel des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes (BEEG) verirren, hat die **dbb bundesfrauenvertretung** einen handlichen Ratgeber erstellt, der die wichtigsten Fragen zum Thema Elterngeld und Elternzeit beantwortet – zugeschnitten auf die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst. Die aktualisierte 18. Auflage des Eltern-Ratgebers beantwortet alle zentralen Fragen rund um Elterngeld und Elternzeit – von der Planung bis zur Antragstellung und zur bis Juli 2013 neu ergangenen Rechtsprechung. Die Broschüre „Elterngeld/Elternzeit – Ratgeber für Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ steht als Download unter <http://www.dbb.de/ueberuns/frauen/publikationen/broschuere-elterngeld.html> zur Verfügung.

Die Landesleitung des dbb brandenburg hat sich am 28. Oktober 2013 zu einem ersten Gespräch mit dem neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden Klaus Ness getroffen. Für den dbb nahmen neben dem Landesvorsitzenden **Ralf Roggenbuck** seine Stellvertreter Kathrin Wiencek, Frank Nachtigall und Richard Wurche teil. Roggenbuck kritisierte die getrennten Gespräche mit den Spitzenverbänden zur Übernahme des Tarifabschlusses und plädierte mit Blick auf die Einkommensrunde 2015 wieder für einen gemeinsamen Dialog. Zugleich stellte er noch einmal klar, dass der dbb Landesbund von Anfang an gegen eine Paketlösung aus Übernahme, Sonderzahlung und Arbeitszeit- beziehungsweise Alterszeitregelungen war. Es sei im Ergebnis zu einer Übernahme mit Vorteilen für bestimmte Statusgruppen auf Kosten der anderen gekommen, so die Kritik Roggenbucks.

Der Vorschlag von Innenminister Hans-Peter Friedrich, Maut-Daten auch zur Verbrechensbekämpfung auszuwerten, ist beim Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG), **Rainer Wendt**, auf Zustimmung gestoßen. Die polizeiliche Nutzung dieser Datensätze werde zur Bekämpfung schwerster Straftaten gebraucht, sagte Wendt am 6. November 2013 auf n-tv. Der Staat dürfe sich nicht „künstlich dumm stellen, wenn er über Daten verfügen kann, die zur Aufklärung schwerster Straftaten erforderlich sind“. In der „Passauer Neuen Presse“ (Ausgabe vom 7. November 2013) forderte Wendt, einen entsprechenden Beschluss in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg zu bringen und umzusetzen. Es gehe „hier nicht um die Verfolgung von Eierdieben, sondern um Schwerstverbrecher“. Als Beispiel führte Wendt den Fall eines Autobahnschützen an, der erst nach Jahren gefasst werden konnte. Mit der Nutzung von Mautdaten wäre dies schneller möglich gewesen, sagte er.

Die ordentliche Bundesversammlung 2013 des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) findet am 28. November 2013 im Kongresszentrum

Westfaltenhallen Dortmund statt. Die Delegierten aus den 16 VBE-Landesverbänden werden gemäß Satzung die Verbandsführung für die nächsten drei Jahre wählen und die Arbeitsschwerpunkte 2014 beschließen, teilte der Verband mit. VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann** kandidiert erneut. Der Landesvorsitzende des VBE Nordrhein-Westfalen ist seit März 2009 zugleich Bundesvorsitzender. Am 29. November findet dann ebenfalls im Kongresszentrum der Deutsche Lehrertag 2013 zum Thema „Individuell Fördern. Wie geht das?“ statt.

Vor den Folgen einer „Überakademisierung“ des Bildungssystems hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) erneut gewarnt. Angesichts der Tatsache, dass in diesem Jahr zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Neueinschreibungen an Hochschulen (500.000) als neue Ausbildungsverträge (482.000) zu verzeichnen waren, sprach der DPhV-Bundesvorsitzende **Heinz-Peter Meidinger** von einer „Fehlsteuerung“. Diese werde dramatische Auswirkungen auf die künftigen Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und Hochschulabsolventen, die Qualität von Schulen und Hochschulen, die Zukunft der

weltweit hochgelobten dualen Ausbildung und damit das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands haben, sagte Meidinger. Er verwies darauf, dass nach aktuellen Studien bereits jetzt ein Drittel der Hochschulabsolventen in nichttechnischen und nicht wirtschaftsnahen Fächern keine dem erworbenen Abschluss entsprechend adäquat bezahlte Stelle auf dem Arbeitsmarkt finde.

Am 4. und 5. November 2013 haben sich auf Einladung der Jugendorganisation des **BDF** (Bund Deutscher Forstleute) Vertreterinnen und Vertreter von studentischen Fachschaften der forstlichen Hochschulen sowie Repräsentanten von forstlichen Arbeitgebern aus Verwaltung, Planungsbüros, Holzindustrie und Dienstleistern an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) getroffen. Es wurde über Rahmenbedingungen, Inhalte und Qualität des Studiums sowie die sich wandelnden Anforderungen von Studierenden und Arbeitgebern an ein zukunftsfähiges Forststudium diskutiert. Die Kernforderungen wurden vom BDF als „Eberswalder Erklärung“ zur Forstlichen Hochschulausbildung zusammengefasst und verabschiedet.
(14/44/13)